



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



Jo LEINEN
19.12.2018

"Weniger Plastik in Supermarktregalen und Meeren"

Europa-SPD begrüßt Maßnahmen gegen Einwegkunststoff

Kunststoff zum einmaligen Gebrauch ist oft Ressourcenverschwendung und landet häufiger in Umwelt und Gewässern als anderer Abfall. Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Parlaments, der EU-Staaten und der EU-Kommission haben sich in der Nacht zu Mittwoch, 19. Dezember 2018, auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, um den Einsatz solcher Produkte zu reduzieren.

"Europa setzt der Plastikflut in den Supermarktregalen sowie den Gewässern und den Meeren etwas entgegen", sagt SPD-Umweltschutzexperte **Jo Leinen**. "Das neue Gesetz setzt auch weltweit ein Zeichen und wird Nachahmer finden." Die EU-Richtlinie zur Verringerung von Einwegplastik sieht vor, dass Produkte wie Strohhalme, Besteck und Teller aus Kunststoff in Zukunft durch umweltfreundlichere Artikel ersetzt werden und Plastikflaschen deutlich häufiger getrennt gesammelt und recycelt werden.

"Viele Plastikartikel lassen sich im Alltag vermeiden oder durch ein Mehrwegprodukt ersetzen. Außerdem erhalten Hersteller und Supermärkte durch die EU-Initiative klare Anreize, Verpackungen zu reduzieren und auf umweltfreundlichere Materialien umzusteigen", sagt **Jo Leinen**. Die EU reagiere auf ein globales Problem und wolle Verbraucherinnen und Verbraucher durch bessere Produkte unterstützen. "Die Vermüllung der Meere ist akut, schnelles Handeln ist gefragt. Parlament und nationale Regierungen haben einen Sprint hingelegt, um zügig einheitliche Regeln für Europa zu verabschieden", lobt **Jo Leinen** die Einigung.

Das Parlament hatte eine zusätzliche Vorgabe eingebracht, damit Plastikflaschen in Zukunft zu größeren Teilen aus recyceltem Material bestehen. "Unternehmen werden animiert, innovative und umweltfreundlichere Verpackungen anzubieten. Dadurch werden auch weniger Rohstoffe eingesetzt und CO2 eingespart. Die Hersteller müssen sich stärker an Reinigungskosten von öffentlichen Plätzen und Uferwegen beteiligen. So bleibt die Belastung nicht nur bei Kommunen und Gemeinden", so **Jo Leinen**.

"Der nächste Schritt muss sein, Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln EU-weit zu verbieten", fordert **Jo Leinen**. Das Europäische Parlament hatte die EU-Kommission im September 2018 aufgefordert, ein solches Verbot bis 2020 umzusetzen. "Die EU sollte sich jetzt auch international stärker für gemeinsame Aktivitäten engagieren, um der Plastikflut in den Meeren Herr zu werden."

Die EU-Kommission hatte den Vorschlag über die Richtlinie im Mai 2018 vorgelegt. Die Maßnahmen der Richtlinie zielen auf 70 Prozent der Plastikabfälle ab, die an europäischen Stränden gefunden werden. Parlament und Rat müssen die Richtlinie noch formal verabschieden. Damit ist Anfang 2019 zu rechnen.

Weitere Informationen: Büro Leinen [+32 228 45842](tel:+3222845842) und Jan Rößmann [+32 473 8645 13](tel:+32473864513) (Pressesprecher)

Europäisches Parlament

S&D-Fraktion, Pressestelle der SPD-Gruppe

[facebook.com/EuropaSPD](https://www.facebook.com/EuropaSPD), twitter.com/SPDEuropa

www.spd-europa.de

Rue Wiertz 12G138, B- 1047 Brüssel, Tel.: +32 2 28 41779 und /43665

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)

Facebook:

Twitter:

Website:

E-Mail:

[facebook.com/EuropaSPD](https://www.facebook.com/EuropaSPD)

twitter.com/SPDEuropa

www.spd-europa.de

s-d.delegationDE@europarl.europa.eu